



CORONA DOKS

Wenig beachtete Informationen

31. OKTOBER 2023 VON AA

Was ist nun mit der Abschaffung des Bargelds?

Unter den Befürchtungen für die Zukunft hat für manche die Sorge vor einer Bargeldabschaffung eine herausragende Bedeutung. Wenn "Fakten-Checker" sich damit beschäftigen und wie gewohnt seriöse Analysen neben Verschwörungserzählungen stellen, dann kann das Thema nicht völlig abwegig sein. Man könnte es sich leicht machen und meinen: Die Herrschenden behaupten, so viel zu wollen, das Klima retten, Russen, Chinesen und den Hunger besiegen, die Wirtschaft stärken oder Frieden schaffen. Bei allen Themen fahren sie gerade vor die Wand. Selbst mit den jüngeren Plänen, die ganze Welt zu "impfen", digitale Zertifikate für alles und jedes einzuführen, waren sie nur mäßig erfolgreich. Dennoch lohnt sich ein Blick auf durchaus widersprüchliche Entwicklungen in Sachen Bargeld.

Unstrittig sollte sein, daß mit einer flächendeckenden Durchsetzung bargeldloser Zahlungen erhebliche Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gegeben wären. Erkennbar gibt es Bestrebungen in diese Richtung, wie etwa am 21.10. auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) unter dem Titel "**Wenn Banken kein Bargeld mehr annehmen**" zu lesen ist. Allerdings wird hier nachvollziehbar auf "jährlich zwei Milliarden Euro" Kosten hingewiesen, die selbst prosperierende Banken einsparen wollen. Das Problem wird gleich mit benannt: "*Die Deutschen lieben Bargeld.*"

Das größere: Anders als bei der überwältigenden Einigkeit der Regierungen weltweit zu Corona sind beim Bargeld erhebliche Interessenunterschiede erkennbar. Ein Dekret vom runden Tisch der "Globalisten" wird es kaum geben. Da ist einmal die EU-Kommission, die im Sommer 2021 eine "Bargeldrichtlinie" als Entwurf vorgelegt hatte. Der Bericht auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) vom 20.7.21 benennt bereits Konfliktpunkte, die bis heute bestehen:

»Was hat die EU-Kommission beschlossen?

Das heute vorgelegte Paket besteht aus vier Gesetzgebungsvorschlägen. Erstens soll eine neue EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geschaffen werden. Zweitens ist ein einheitliches EU-Regelwerk für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geplant. Als dritte Maßnahme ist eine aktualisierte Richtlinie mit Bestimmungen vorgesehen, die *in nationales Recht umgesetzt werden müssen*, dazu gehören die Vorschriften zu den nationalen Aufsichtsbehörden und den zentralen Meldestellen in den EU-Mitgliedstaaten. Viertens soll EU-weit eine Barzahlungsobergrenze von 10.000 Euro gelten. Auch Kryptowährungen wie der Bitcoin sollen stärker reglementiert werden, damit Transaktionen mit diesen Währungen künftig vollständig verfolgbar sind. Die Bereitstellung anonymer Krypto-"Geldbörsen" wird untersagt, so wie schon heute bei anonymen Bankkonten der Fall ist...

Gegner der Bargeldobergrenze bezweifeln, dass sie ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität ist. "Bislang gibt es *keinen wissenschaftlich fundierten Beleg*, dass mit Barzahlungsobergrenzen das Ziel erreicht wird, Geldwäsche zu bekämpfen", hatte unlängst Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann gesagt. Deutschlands oberster Verbraucherschützer, Klaus Müller, hatte zudem schon vor Jahren gewarnt, ein Bargeldlimit öffne "das *Tor für eine absolute Kontrolle* der Verbraucherinnen und Verbraucher". Das Recht auf anonymes Einkaufen müsse berücksichtigt werden.«

Der "Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung" hat ein populistisches Element, das wenig überraschend auch bei manchen KritikerInnen auf offene Ohren trifft, solange es gegen Hamas und arabische Clans geht. Daß die Bestimmungen, sollten sie beschlossen werden, "in nationales Recht umgesetzt werden müssen", findet seine Parallele in der bereits verabschiedeten EU-Verordnung zu "schwerwiegenden grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren" (siehe dazu ist die "Weltgesundheitsdiktatur" unaufhaltsam?). "Globalistische" Mächte jenseits von Atlantik oder Kanal braucht es dazu nicht unbedingt.

Eine Herausforderung für Frau von der Leyen besteht auch in der Devise mancher Konzernchefs "Kontrolle ist gut, Profite sind besser". Bereits bei den durch die überstürzten und wenig durchdachten Rußland-Sanktionen zeigt sich, daß ideologische Präferenzen, gepaart mit Realitätsblindheit und Allmachtsphantasien mit wirtschaftlichen Interessen schwerlich überein gehen. Und letztere sind nun einmal ausschlaggebend in einer kapitalistischen Gesellschaft. So haben wir ähnlich wie bei der angeblichen Klimapolitik die Situation, daß sich zwar zunächst die Interessen bestimmter ökonomischer Sektoren politisch durchsetzen können, vereinfacht gesagt die Rüstungs- und "grüne" Energiebranche, gesamtwirtschaftlich aber erhebliche Schäden entstehen. In der Coronazeit konnten sie durch riesige Subventionen noch aufgefangen werden, wobei die Rechnungen an die SteuerzahlerInnen für die Kredite noch ausstehen. Endlos lassen sich die wiederkehrenden Sondervermögen, wie im Neusprech Steuerschulden heißen, nicht durchhalten, vor allem nicht in einer durch andere selbst verschuldete Maßnahmen geschwächten Wirtschaft.

Sanktionsdurchsetzungsgesetze

Versteckt hinter dem Bestreben, die "beispiellosen Sanktionspakete gegen Russland und Belarus" zu kontrollieren, von denen die Bundesregierung so eitel wie realitätsblind schwärmt, wurden 2022 zwei "Sanktionsdurchsetzungsgesetze" vom Bundestag beschlossen ([bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de)). Aus der Blase hieß es schon damals "**Bargeld vor dem Aus**" ([ruhr24.de](https://www.ruhr24.de)) und "Das Gesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Abschaffung des Bargelds und zur maximalen Steuertransparenz." ([taxpro-gmbh.de](https://www.taxpro-gmbh.de)). Schön wäre es ja, wenn es maximale Steuertransparenz bei den "Impfstoff"-Herstellern und Maskenprofiteuren gäbe. Und als notorischer Mieter bin ich hinreichend beschränkt, um nicht als Bedrohung zu empfinden, daß sich "jederzeit nachvollziehen [läßt], welche Bürger welche Immobilien in Deutschland besitzen".

Seitdem ist weder das Bargeld abgeschafft worden, noch haben die Sanktionen durchschlagenden Erfolg. Im übrigen fanden die zahllosen Millionen-Betrugsfälle mit Testzentren nicht etwa mit Bargeld statt. Insofern ist die Vermutung berechtigt, daß es um ganz andere Dinge geht, als Betrügern auf die Schliche zu kommen.

Kein Durchmarsch nach Plan

Da sich, wie erwähnt, verschiedene Interessen bei diesem Thema in die Quere kommen, sehen wir keinen Durchmarsch nach Plan, sondern widersprüchliche Tendenzen. Auf der einen Seite gibt es tatsächlich zunehmend Banken und Geschäfte, die die Annahme oder Ausgabe von Bargeld verweigern, wobei Spekulation bleibt, ob damit Überwachung eine Rolle spielt oder Sparwut.

Auf der anderen Seite haben wir die Stellungnahme der **Europäischen Zentralbank** vom 13.10.23 "zu einem Vorschlag für eine Verordnung über das gesetzliche Zahlungsmittel der Euro-Banknoten und -Münzen", auf die [Norbert Häring](#) hinweist. Dort ist zu lesen:

»Trotz der Digitalisierung der Wirtschaft der Union und der zunehmenden Nutzung elektronischer Zahlungsmittel spielt Bargeld in der Gesellschaft weiterhin eine wichtige Rolle. Die Möglichkeit, mit **Bargeld** zu bezahlen, ist **nach wie vor besonders wichtig für bestimmte gesellschaftliche Gruppen**, die aus verschiedenen berechtigten Gründen lieber Bargeld als andere Zahlungsmittel verwenden oder keinen Zugang zu Bankdienstleistungen und elektronischen Zahlungsmitteln haben. Zu diesen Gruppen gehören behinderte Bürger, Einwanderer, sozial schwache Bürger, ältere Menschen, Minderjährige und andere, die nur begrenzten oder keinen Zugang zu digitalen Zahlungsdiensten haben.

Darüber hinaus ist Bargeld als Zahlungsmittel **nützlich, weil es weithin akzeptiert wird, schnell ist und die Kontrolle über die Ausgaben des Zahlers erleichtert.**

Außerdem ist es derzeit das einzige Zahlungsmittel, das es den Bürgern ermöglicht, eine Transaktion in Zentralbankgeld abzuwickeln, das ebenfalls sofort abgewickelt wird, wobei die Privatsphäre gewahrt bleibt...«

Dabei gibt es noch nicht einmal unter den EU-Regierungen und auch nicht bei der EZB einheitliche Positionen. Ähnlich sieht es beim **Digitalen Euro** aus. Er ist durchaus umstritten. Die EZB wird nicht müde zu betonen:

»Würde ein digitaler Euro das Bargeld ersetzen?

Nein. Ein digitaler Euro würde das Bargeld ergänzen, es aber nicht ersetzen. Wenn es neben Bargeld einen digitalen Euro gäbe, könnte die steigende Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach schnellen und sicheren elektronischen Zahlungsmitteln erfüllt werden. Bargeld würde im Euroraum weiterhin zur Verfügung stehen. Das gilt auch für die anderen privaten elektronischen Zahlungsmittel, die derzeit verwendet werden.«

ecb.europa.eu (18.10.23)

Parallel zu den Vorhaben der EZB hat die EU-Kommission am 28.6.23 einen Vorschlag vorgelegt, zu dem sie erklärt:

»Würde der digitale Euro das Bargeld ersetzen, falls er eingeführt wird?

Nein. Der digitale Euro würde die Euro-Banknoten und -Münzen ergänzen, nicht ersetzen. Bürger, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen hätten die Wahl, mit Euro-Banknoten und -Münzen, anderen privaten elektronischen Zahlungsmitteln oder mit dem digitalen Euro zu bezahlen.

Der heutige Vorschlag für ein gesetzliches Zahlungsmittel würde sicherstellen, dass das Euro-Bargeld im gesamten Euroraum weiterhin für Zahlungen akzeptiert wird und für Menschen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen leicht zugänglich ist.«

ec.europa.eu

Es ist sicher angeraten, bei diesen Worten auf das wirkliche Geschehen zu blicken und nicht blauäugig derartigen Ankündigungen zu vertrauen. Ebenso sicher wird eine mögliche Bargeld-Abschaffung kein Durchmarsch werden. Nicht nur, weil in Deutschland laut Bundesbank fast 70 Prozent der Befragten in einer Studie angaben, für sie sei Bargeld wichtig. Sondern auch deshalb:

Schweden schwächelt

»Doch ausgerechnet in Schweden, einem der Vorreiter-Staaten des digitalen Bezahls, setzt jetzt offenbar ein Umdenken ein. „Eine Art Renaissance des Bargelds“ nannte es Stefan Hardt, Leiter des Zentralbereichs Bargeld bei der Deutschen Bundesbank, kürzlich in einer Rede. So rege sich in Schweden „[zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen das Zurückdrängen des Bargelds](#)“ – auch aufgrund von Krisenereignissen wie im Sommer 2017, als durch einen technischen Fehler landesweit Kartenzahlungen nicht mehr möglich waren.

Verbraucherzentrale: Trend zu Handy-Zahlung ist „Form der Altersdiskriminierung“

Inzwischen habe auch die schwedische Regierung die Bedeutung des Bargeldes für die Krisenfestigkeit der Wirtschaft erkannt und eine Vorgabe erlassen, wonach es in einem festgelegten Radius von 25 Kilometer für 99 Prozent aller Bewohner Bezugspunkte für Bargeld geben muss, erklärt Hardt.

Derartige Regelungen sind ganz im Sinne von Kerstin Föller, Leiterin der Abteilung Insolvenz/Kredit/Konto bei der Verbraucherzentrale Hamburg. Wenn zunehmend die Bezahlung per Handy erwartet werde, sei das „auch eine Form der [Altersdiskriminierung](#)“, denn nicht jeder der betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger besitze ein Smartphone oder habe Lust darauf, „jeden Morgen die 1,60 Euro beim Bäcker damit zu bezahlen“.«

Diese Informationen finden sich am 21.10.23 in einem Artikel auf [abendblatt.de](#) unter der Überschrift **Cyberattacken und Stromausfälle: "Nur Bargeld ist sicher"**. Mit dem Titel wird für mich der Hauptgrund angesprochen, aus dem das Vorhaben scheitern wird. In seinem letzten "[Bundeslagebild Cybercrime](#)" vom 12.7.23 teilt das BKA mit:



Die vom Bitkom e.V. bezifferten Schäden u.a. durch Cyberangriffe belaufen sich auf 202,7 Mrd. Euro.

Danach hat es 2022 bei einem "Dunkelfeld..., das in Studien auf bis zu 91,5% geschätzt wird" 136.865 "erfasste Cybercrime-Fälle in Deutschland" gegeben. Wie zutreffend die Angaben des Lobbyverbands Bitkom sind, ist nicht nachzuvollziehen. Die trotz sorgfältiger Siebung immer wieder an die Öffentlichkeit gelangenden Angriffe nicht zuletzt auf Behörden und Großkrankenhäuser lassen vermuten, daß die Schäden, die nach den genannten Zahlen etwa 5 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, nicht unrealistisch beziffert sind.

Es ist nicht auszuschließen, daß beim weit fortgeschrittenen Grad der Realitätsleugnung der Regierenden auf allen Gebieten sie auch ihre Währung derartigen Gefahren aussetzen. Ausgemacht ist das nicht.

Die ausführlichsten seriösen Information zum Themenkomplex gibt es auf norberthaering.de (dessen Meinung ich nicht immer teile). Er setzt sich dort auch auseinander mit der "Faktenfuchsin" von br.de, die am 22.9.23 darüber schrieb "**Wie eine angebliche Bargeldabschaffung Ängste schüren soll**". Siehe dazu norberthaering.de am 10.10.23. Häring muß sich unter anderem damit herumschlagen, daß er in einen Topf geworfen wird mit solchem Unsinn:

Katrin Ebner-Steiner: Bargeld ist geprägte Freiheit – Die AfD stellt sich gegen die Bargeldabschaffung und verteidigt das Eigentum des deutschen Volkes

Verbraucherverbände und Datenschützer schlagen Alarm. Denn neben Behörden sollen auch Journalisten, Verbände und Hochschuleinrichtungen Zugang zu diesen Vermögensdaten erhalten. Wenig später wird das Bargeld dann ganz abgeschafft und jeder Bürger verpflichtet, sein Konto direkt bei der Zentralbank zu führen. Und schließlich wird der sogenannte Lastenausgleich kommen: die faktische Enteignung der Bürger!

Nur die AfD stellt sich diesen Plänen entgegen. Wir verteidigen das Eigentum und die Freiheit des deutschen Volkes. Bargeld ist geprägte Freiheit!"

20. Juli 2023

afd-landtag.bayern

Die da die "Freiheit des deutschen Volkes" mittels Bargelds verteidigen, haben nichts dagegen einzuwenden, daß genau diese Methoden auf AsylbewerberInnen angewendet werden. Dazu, wie in Griechenland SozialhilfeempfängerInnen ähnlich gegängelt werden, findet sich bei [Häring](https://haering.de) etwas. Schon bei der Digitalisierung von Ausweisdokumenten waren Geflüchtete Versuchskaninchen, lange bevor Zertifikate für das Reisen in Corona-Zeiten auch für Deutsche erforderlich wurden. Repressive Maßnahmen beginnen fast immer mit kleinen ausgegrenzten Gruppen. Das kümmert niemanden oder findet sogar Beifall. Hier liegt eines der offenen Geheimnisse des Erfolgs der Herrschenden.

Der Trug der Bezahlkarten für Asylbewerber

Unter diesem leicht irritierenden Titel ist am 30.10.23 auf faz.net (Bezahlschranke, hier nach der Druckausgabe zitiert) zu lesen, daß ähnlich "kundenfreundlich" wie beim Digitalen Euro ein Überwachungsinstrument angepriesen wird:

»Wir wollten Verwaltungsabläufe vereinfachen und **Asylbewerbern und Empfängern von Grundsicherungsleistungen**, die bisher nicht über ein Bankkonto verfügen, diskriminierungsfreien Zugang zu Zahlungsdienstleistungen bieten.«

Das sagt die Leitern des Fachbereichs Soziales in Hannover. Und fügt hinzu:

»Die "Socialcard" [entspreche] schlicht der heutigen Gesetzeslage, die nun einmal keine Beschränkung vorsehe. Allerdings: Sollte sich die Gesetzeslage ändern, "könnten wir die Kartenfunktionen auch einschränken".«

Wie verblendet muß man sein, um nicht zu erkennen, daß ein solches Vorgehen nicht auf Fremde und Arme beschränkt bliebe, sollte es erst einmal zu einer Pflicht zur Digitalzahlung kommen?

"Technisch abgewickelt" wird die Maßnahme in Hannover durch einen "selbständigen Berater". Auch für Hamburg wird dies berichtet. Es geht übrigens um 162 Euro, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bisher bar ausgezahlt werden und nach Buschmann und Lindner, natürlich nur in seltenen Einzelfällen, "unter ganz besonders engen Voraussetzungen... quasi auf 'null'" gesenkt werden sollen.

Noch einmal: Wie kann man denken, daß derartiges unter anderen Umständen nicht auf "Masken-", "Quarantäne-" oder "Impfverweigerer" angewandt wird?? Warum sollte jemand wie Kretschmer nicht sofort danach greifen, der unter der Zwischenüberschrift "**Sehnsüchtiger Blick nach Dänemark**" so zitiert wird:

»"Man kann über Sachleistung reden und über Chipkarten reden. Wir müssen es nur tun."...

Viele Befürworter einer restriktiveren Migrationspolitik blicken umso aufmerksamer nach Dänemark, das schon vor einigen Jahren unter Führung der dortigen Sozialdemokraten eine harte Migrationswende vollzogen hat. Dort bekommen Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, überhaupt kein Geld mehr...«

(Hervorhebungen in blau nicht in den Originalen.)

📌 ALLGEMEIN

5 Antworten auf „Was ist nun mit der Abschaffung des Bargelds?“



Erfurt

31. OKTOBER 2023 UM 8:50 UHR

Das mit der Geldwäsche ist Quatsch. Bargeldloser Zahlungsverkehr treibt Entlassungen voran, in Supermärkten wird der Kunde selbst zum Kassierer. Eine digitale Währung schafft ungeahnte Möglichkeiten für Spekulationsgeschäfte an der Börse. Profitgier ist was diese Entwicklung antreibt!



isnixgut

31. OKTOBER 2023 UM 9:01 UHR

Bargeld und die Vermeidung von Smartphones, haben nichts mit "Einwanderung", "Behinderung", Armut oder Alter zu tun. Die Europäische Zentralbank und die Verbraucherzentrale Hamburg diskriminieren und stigmatisieren ganze Bevölkerungsgruppen.



Elektronische Deppenakte

31. OKTOBER 2023 UM 9:13 UHR

Auf den vermutlich letzten Metern ihrer bundesparlamentarischen Existenz versucht DIE LINKE mal etwas gutmachen.
Alles muss zu Geld/Profit gemacht werden:

"Stichwort Beitragszahler der Krankenkassen: Kritiker der von Lauterbach geplanten Digitalisierung sagen, der Minister überlasse den Versicherungen die Macht über die Patientendaten. Stimmt das?

Vogler: Es ist ein riesiges Problem, wenn die Versicherten nicht mehr entscheiden können, wer ihre Daten bekommt und was aus ihrer Krankengeschichte gemacht wird. Es gibt immer wieder Vorstöße im politischen Raum und von Lobbyverbänden, Beiträge zur Krankenversicherung danach zu staffeln, ob Versicherte ein bestimmtes Risikoverhalten an den Tag legen. Wenn solche Rückschlüsse aus Patientendaten gezogen werden, würde das Prinzip der Solidarität und der Beiträge nach Höhe des Einkommens unterlaufen.

Künstliche Intelligenz entscheidet dann, wie viel ich für die Krankenversicherung bezahle?

Vogler: Das wäre ein mögliches Szenario. Deshalb beurteilen viele Ärztinnen und Ärzte das von Karl Lauterbach vorgelegte Konzept der Digitalisierung zurückhaltend.

Weil Algorithmen und nicht Ärzte entscheiden?

Gürpinar: Die Hoheit über die eigenen Daten muss bei den Patientinnen und Patienten liegen, die Entscheidung über die Therapie bei den Ärztinnen und Ärzten und nicht bei einer Krankenversicherung. Ich sehe außerdem die Gefahr, dass große Datensätze in die Hände der Pharmaindustrie gelangen."

<https://www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/karl-lauterbach-macht-sein-eigenes-ding-und-irgendwer-muss-die-folgen-ausbuegeln-li.2153279>



Erfurt

31. OKTOBER 2023 UM 9:58 UHR

PS: Der grammatikalische Trick

Menschen die Arbeit erleichtern,
Menschen um die Arbeit erleichtern.



Getriebesand

31. OKTOBER 2023 UM 11:32 UHR

Ich habe nicht den gesamten Artikel gelesen, da mich die Informationen erschlagen und ich dazu schon einiges bei Norbert Häring gelesen habe, dessen Arbeitsweise ich sehr schätze.

Ich sehe es so, dass wir in Sachen Bargeld immer mehr in die Enge getrieben werden und es schwierig wird in einigen Bereichen, sich noch zu wehren. Beispielsweise ist es schon heute (seit Anfang 2023) verboten, Grundstücke, Häuser usw. mit Bargeld zu bezahlen! Das ist ein Skandal, finde ich. Bargeldeinzahlungen über 10.000 EUR auf Konten sind nicht mehr möglich, ohne Nachweise zu erbringen, wo das Geld her ist. Nicht jeder Bürger ist ein Verbrecher oder Schwarzgeldkassierer, sondern vertraut seinem eigenen Kopfkissen möglicherweise mehr als einer Bank (zu Recht, wie ich finde). Mit diesen Bargeldbeständen, sofern vorhanden kann Mensch als zukünftig bestimmte Dinge nicht mehr erwerben, eine ganz klare Entwertung des Bargelds. Man soll zum elektronischen Geld hingetrieben werden.

Was will man gegen diese Regelungen machen, vielleicht mit Hintertürchen umgehen, wo es möglich ist? Aber es wird schwer möglich sein.

In anderen Bereichen boykottiere ich die bargeldlosen Zahlungsdienste. Kein Paypal, keine dubiosen Abrechnungsfirmen, denen man sogar Zugriff auf das eigene Konto erteilt, keine elektronischen Tickets, so weit es möglich ist und schon gar keine Kartenzahlung oder irgendwelche Zahlungen mit dem Handy. Betriebe, die keine Bargeldzahlung mehr anbieten, bekommen in der Regel eine Beschwerdemail von mir. Wichtiger wäre aber, solche Unternehmen öffentlich (!) zu kritisieren!

Die Bargeldverwehrung nach 22 Uhr abends, die in einigen Sparkassen vorgenommen wurde (man kommt ab 22 Uhr einfach nicht mehr an den Geldautomaten dran) halte ich auch für ein Unding, gegen das ich aufmerksam mache. Wie so oft interessiert es niemanden...

Wenn ich nicht so feige wäre, würde ich dieses Land verlassen, aber in puncto Bargeld sieht es in der EU wohl überall ähnlich aus. Wie lange ich das alles psychisch noch aushalte, weiß ich nicht. Es hat vor zirka 10 Jahren mit den wahnwitzigen Datenschutzregelungen angefangen, wo die Firmen einfach nicht mehr reagierten und Daten untereinander weiterverkauft wurden, obwohl ich schon immer darauf achtete, z. B. keine dieser komischen Kundenrabattkarten usw. zu benutzen. Irgendwann wurde es zu einem Kampf gegen Windmühlen. Dann die online-Datenschutzregelungen, wo man bei vielen Homepages noch 30 Kästchen namens "ablehnen" einzeln anklicken muss, wenn man dem cookie-Wahn nicht zustimmen will. Das alles macht krank, aber ganz will ich mich auch nicht aus dem Internet rausziehen. Angedacht ist (wieso macht diese Homepage automatisch daraus "angeblich"!!?????) ist, wieder den Anonymisierungsdienst TOR zu nutzen, aber das gab damals Probleme, weil das Datenvolumen stark anstieg und ich auf bestimmte Seiten gar nicht mehr drauf kam.

Seit Faesers krankhaften Pläne bekannt sind, dass wohl nun schon die Wohnungsgesellschaften darüber informiert werden sollen, ob jemand nicht der woken culture entspricht (also z. B. ein Gefährder schon allein dadurch wird, dass er kritische

Fragen stellt) habe ich so viel Angst bekommen, dass ich bestimmte Accounts online gekündigt habe. Aber auch hier wird mitgelesen. Über die IP sind bestimmt schon zu jeder Person (ID auf dem Ausweis) Unmengen Algorithmen angelegt. Wenn man sich das alles deutlich macht, wird man verrückt. Vielleicht kann man zumindest versuchen, zukünftig sowas zu verhindern, aber was ist das für ein Leben, wenn ich aufpassen muss, was ich sage, weil ich sonst aus meiner Wohnung fliege, bei Aldi (zu dem ich seit seinen impf-Parkplatzaktionen eh kaum noch gehe) vermutlich gar nicht mehr reingelassen werde (siehe die cancel-Aktionen von sozialen-Medien-Konten, welche ich nicht besitze) und am besten dann noch in den Geschäften die Gesichtserkennung anspricht und ich nicht mal mehr Kleider einkaufen darf. Das sind Horrorszenarien, aber ich sehe sie immer wahrscheinlicher werden. Im Theater bekommt man hier mittlerweile personalisierte Tickets. Ich werde gefragt, wie ich heiße und in einer Datenbank wohl auch aufgefunden. Beim nächsten Besuch (falls noch einer stattfindet), werde ich sagen, dass ich anonym ein Ticket kaufen will. Was geht es das Theater und die Datenschnüffler an, wann ich in welcher Vorstellung war und welche Platzkategorie ich gewählt habe? Dieser Datensammelwahn wird NIE zu unserem Vorteil genutzt werden, an diese Beteuerungen brauch ich gar nicht glauben, weil ich jeden Tag schon sehe, wie das online abläuft... je nach Cookies bekommt man bestimmte Werbung eingeblendet, werden die Preise in online-Shops teurer, kann man bestimmte Seiten gar nicht mehr aufrufen. Es ist schlimmer als 1984, aber niemand merkt es.

Ich würde jedem raten, Anonymisierungsdienste zu nutzen, denn das ist keine Demokratie mehr, was da an Befugnissen für die Verfassungsdienste angedacht ist. Das sind Horrorszenarien. Wobei ich mir nicht mehr sicher bin, ob diese Anonymisierungsdienste wie TOR nicht auch kontrolliert werden, denn dort wird z. B. auch Firefox als Browser benutzt, den ich nicht mehr wirklich für Datenschutzkonform halte, wenn man sich die Voreinstellungen anschaut. Als Laie auf dem Gebiet bin ich ziemlich überfragt. Bestimmte günstige Ware erhalte ich aber z. B. nur noch über die Datenkrake Kleinanzeigen und da bin ich z. B. auf die Verifizierung mit ähnlich dubiosen Diensten (CAPTCHA usw.) angewiesen. Es ist schrecklich. Wie kommt man wieder aus diesen Abhängigkeiten raus?